

der Übergangsperiode, unter denen sich der Aufbau des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik vollzieht. Die Genossin Pfefferling spricht in einem Atemzug vom „Sieg des sozialistisch-staatlichen Eigentums über das kapitalistische und des genossenschaftlich-kollektiven über das individuelle der kleinen Warenproduktion“, ohne zu erwähnen, daß es sich hier um zwei — sowohl in ihrem Klasseninhalt als auch in den Formen ihrer Lösung — grundsätzlich verschiedene Probleme des Kampfes in der Übergangsperiode handelt. Während der Sieg über das kapitalistische Eigentum die Enteignung der entscheidenden Produktionsmittel und deren Überführung in Volkseigentum voraussetzt, wird das einzelbäuerliche Eigentum der kleinen Warenproduzenten nicht enteignet. Die Eigentümer legen ihre Produktionsmittel aus Überzeugung zusammen, bearbeiten und verwalten das genossenschaftliche Eigentum und verteilen den Anteil am Gesamtprodukt entsprechend der geleisteten Arbeit gemeinsam. Das ist eine gesellschaftliche Entwicklung auf der Grundlage des engen Bündnisses der Arbeiterklasse mit den werktätigen Bauern, das eine wichtige Voraussetzung ist für die Verwandlung des bäuerlichen Eigentums in genossenschaftliches Gruppeneigentum.

Auch der Satz: „Deshalb kann diese Periode keine friedliche sein“ muß Unklarheiten hervorrufen, wenn die Autorin darauf verzichtet, dieses Problem unter dem Gesichtspunkt der Beschlüsse der 3. Parteikonferenz wie auch des 30., 33., 34. und 35. Plenums des Zentralkomitees näher zu erläutern. Besonders diese Parteibeschlüsse erklären die besonders komplizierten Bedingungen unseres sozialistischen Aufbaus und begründen die Zielsetzung sowie die Taktik in der Politik der Partei. Auf der 3. Parteikonferenz legte die Parteiführung dar, warum es möglich ist, daß bei uns der Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus auf friedlichem Wege erfolgen kann und auf welche Weise auch die privaten Unternehmer, Handwerksmeister, Gewerbetreibenden und Kaufleute am sozialistischen Aufbau teilnehmen können. Jedoch auch hier wie auf den folgenden Tagungen des Zentralkomitees wandte sich die Partei gegen jeden Versuch, den wütenden Kampf des Klassenfeindes gegen unseren erfolgreichen sozialistischen Aufbau zu bagatellisieren.

„Der Klassenkampf in der Deutschen Demokratischen Republik“, stellte die 3. Parteikonferenz fest, „richtet sich vor allem gegen die Kräfte, die im Dienste amerikanischer militärischer Besatzungsorgane oder westdeutscher Militaristen Arbeitskräfte für die Rüstungsproduktion oder für die Militärformationen in Westdeutschland abzuwerben versuchen oder die durch Sabotage oder durch Kriegshetze den friedlichen Aufbau des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik zu stören suchen, oder für den Nachrichtendienst der verschiedenen mit den amerikanischen und den englischen Spionagezentralen verbundenen sogenannten Ostbüros tätig sind“. Und besonders das 35. Plenum, das sich auch mit der Tätigkeit der fraktionellen Gruppe Schirdewan—Wollweber und andere befaßte, sprach sich scharf dagegen aus, die Verschärfung des Klassenkampfes, wie er sich bei uns unter den Bedingungen der Existenz zweier deutscher Staaten mit verschiedenen Gesellschaftsordnungen vollzieht, zu unterschätzen. Die Erfahrungen, die sowohl unsere Partei als auch andere kommunistische und Arbeiterparteien in den letzten Jahren gemacht haben, zeigen, daß der Revisionismus die Hauptgefahr ist. Gegen diese Abart der bürgerlichen Ideologie richtet die Partei ihren Hauptkampf. Bedeutet das aber, daß sie darauf verzichtet, gegen die „primitive vereinfachte Wiedergabe von Lehrsätzen ohne Verbindung mit dem Leben“ (30. Plenum) zu kämpfen?